

AZADÎ – Jahresbericht 2013

Personal-/Bürosituation

Die organisatorische und inhaltliche Arbeit verlief im Berichtszeitraum reibungslos und weitgehend ohne größere Probleme. Bürobesprechungen fanden regelmäßig einmal wöchentlich statt. Die Zusammenarbeit mit MAF-DAD war vorbildlich und für beide Seiten von großem Nutzen.

Die Jahresmitgliederversammlung fand am 8. Dezember in den Räumlichkeiten unseres Büros statt.

Zentraler Arbeitsschwerpunkt waren in diesem Jahr zweifellos die Erstellung der Broschüre „20 Jahre PKK-Verbot / Eine Verfolgungsbilanz“ sowie die Mitwirkung bei der von TATORT KURDISTAN organisierten bundesweiten Demonstration „Friedenprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben“ am 16. November in Berlin. So wurde die Demonstration von einem AZADÎ-Vorstandsmitglied angemeldet und gemeinsam mit kurdischen Freunden geleitet sowie die Pressekonferenz am Vortag moderiert. Auch bei der Moderation und Redebeiträgen auf der Abschlusskundgebung beteiligte sich AZADÎ. Es gab intensive Bemühungen unsererseits, die Gruppe Koma Se Bîra aus Istanbul für einen Auftritt in Berlin zu gewinnen, wobei das Büro von MdB Andrej Hunko bezüglich der Formalitäten sehr behilflich gewesen ist. Das dt. Konsulat verweigerte jedoch die Ausstellung von Visa, weil die drei Jugendlichen angeblich über nicht genügend familiäre Bindungen verfügen würden. Des Weiteren wirkte AZADÎ im Rahmen von TATORT KURDISTAN intensiv dabei mit, ErstunterzeichnerInnen des Demo-Aufrufs zu gewinnen. Ebenso wurden RednerInnen für die Demonstration und eine Veranstaltung am Vorabend in der Rosa-Luxemburg-Stiftung angefragt.

Im Vorfeld der Demonstration wurde eine Reihe von Mobilisierungsveranstaltungen durchgeführt und insbesondere auch die Broschüre zum 20. Jahrestag des PKK-Verbots herausgegeben. An den Druckkosten für eine Auflage von 2000 Exemplaren hat sich die Rote Hilfe in großem Umfang beteiligt; Unterstützung von anderer Seite ist beantragt worden.

Hervorzuheben sind für das Jahr 2013 auch die Verurteilungen kurdischer Aktivisten nach § 129b StGB; in vier Fällen haben die Verteidiger Revision eingelegt, über die bislang noch nicht entschieden worden ist. Zentraler Punkt der Revisionen ist die Klärung der Frage, ob die Handlungen von Angehörigen der Volksverteidigungskräfte (HPG) als völkerrechtlich zulässige, auf die Selbstbestimmung des kurdischen Volkes gerichtete Kampfhandlungen gerechtfertigt sind, wodurch sich eine Bezugnahme auf § 129a (Katalogtaten = Mord und Totschlag; bei allen Anklagen nach §129b) verbieten würde. Ähnliches gilt hinsichtlich des Vorwurfs terroristischer Ziele und Zwecke von Anschlägen der „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK), mit dem sich Angeklagte konfrontiert sehen. Auch hier sei der PKK kein terroristisches Gepräge im Rechtssinne zu verleihen, weil die Einbeziehung von TAK als „integraler Bestandteil“ in die PKK, zumindest aber in einen Beteiligungsvorsatz des Angeklagten Ali Ihsan Kitay unter Verstoß gegen sachliches Recht erfolgt. Die Verteidiger fordern, dass der Strafausspruch wegen des Wegfalls entscheidungserheblicher schuld begründeter Umstände aufzuheben sei. Ferner sei erforderlich, dass deutsche Gerichte das erste Zusatzprotokoll zum Genfer Abkommen von August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler Konflikte vom Juni 1977 (Zusatzprotokoll I) auf den Sachverhalt anzuwenden hätten.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- Pressemitteilungen
- 12 Ausgaben des AZADÎ-Infodienstes
- AZADÎ-Seiten in den Ausgaben der Rote Hilfe Zeitung
- Artikel in den Ausgaben des Kurdistan-Reports
- Beitrag zum Internationalen Tag der politischen Gefangenen (jw-Beilage zum 18. März)
- Artikel und Interview zum 20. Jahrestag des PKK-Verbots in der YXK-Zeitschrift „Ronahî“
- Interview mit Yeni Özgür Politika (zum 20. Jahrestag des PKK-Verbots/Demo 16.11. Berlin)
- Interview mit der jungen welt (zum 20. Jahrestag des PKK-Verbots/Demo 16.11. Berlin)

- Broschüre „20 Jahre PKK-Verbot / Eine Verfolgungsbilanz“

Teilnahme an Veranstaltungen

- 26. Januar: Kurd-Akad zu Syrien, Dortmund
- 17. Februar: Tatort Kurdistan, Köln
- 23. März: Newroz-Demo und Fest, Bonn
- 7. Juli: Tatort Kurdistan-Treffen, Azadî-Büro
- 8. September: Tatort Kurdistan-Treffen, Hannover
- 21. September: Kurdisches Kulturfestival, Dortmund
- 19. Oktober: Tüday-Veranstaltung zur Situation Türkei/Gezi-Protteste/Verfassungsreform, Köln
- 20. Oktober: Tatort Kurdistan-Treffen, Azadî-Büro

Selbst organisierte Treffen bzw. Einladungen zu Vorträgen

- 28. Februar: Treffen mit verschiedenen Kölner Gruppen im Azadî-Büro
- 9. März: Vortrag zu 20 Jahre Verbot und § 129b-Prozesse in Stuttgart
- 18. März: Vortrag zu 129b-Verfahren in Erfurt
- 12. April: Treffen mit verschiedenen Kölner Gruppen im Azadî-Büro
- 26. – 28. April: Tatort Kurdistan-Konferenz in Köln (Repression gegen kurdische Bewegung)
- 15. Mai: Ulf Petersen über Situation in Kurdistan (Moderation Azadî), Köln
- 5. Juni: Treffen mit Kölner Gruppen im Azadî-Büro
- 13. Juni: Treffen mit Muzaffer Ayata in Stuttgart (u.a. Interview für Broschüre)
- 22. Juni: Frauen-Festival, Dortmund (Gedichtvortrag)
- 28. Juni: Vortrag über die Lage der Kurden in Europa, YXK Mainz
- 15. August: Vortrag zu „Rechtl. Besonderheiten für kurdische MigrantInnen in Deutschland“ anlässlich des YXK-Sommercamps in Haltern am See
- 7. September: Teilnahme an Jahresversammlung von MAF-DAD, Köln
- 8. Oktober: Treffen mit Kölner Gruppen im Azadî-Büro
- 26. Oktober: Hüseyin Celebi-Literaturfest, Köln (Gedichtvortrag)
- 4. November: Vortrag zu 20 Jahre Verbot in Hamburg
- 7. November: Vortrag zu 20 Jahre Verbot/Demo 16.11. Berlin (mit PYD-Europa-Sprecher/Internat. Initiative AZADÎ/TatortKurdistan, Freiheit für Öcalan-Frieden für Kurdistan/MLKP-Vertreterin), Bonn
- 11. November: Vortrag zu 20 Jahre Verbot in Frankfurt/M.
- 11. November: Vorbereitungstreffen Demo, Berlin
- 14. November: Kooperationsgespräch mit Polizeivertretern, Berlin
- 15. November: vormittags Pressekonferenz, abends: Veranstaltung in Rosa-Luxemburg-Stiftung
- 16. November: D e m o
- 22. November: Gespräch zur Vorbereitung eines Treffens von europ. Anwältinnen/Anwälten zu konkreten Fragen bzgl. der EU-Terrorliste, Düsseldorf

Vergaberat

Von Januar bis einschl. November wurde über **54 Unterstützungsanträge** entschieden und insgesamt ein Betrag von **12.453,58 €** bewilligt. In den meisten Fällen handelte es sich um die Beteiligung an Anwaltskosten in (teilweise eingestellten) Verfahren nach dem Vereinsgesetz, um Widerstandshandlungen, Haus- und Landfriedensbruch, Verstöße im Zusammenhang mit dem Versammlungsrecht, um Bücher, Zeitungen und Kleidung für Gefangene, Vorschussleistungen an VerteidigerInnen, Beteiligung an Anwalts-, Dolmetscher- und Verfahrensgebühren, um Unterstützung in Fällen von Auslieferungshaft, Beschwerdeverfahren wg. politischer Betätigungsverbote, Einbürgerungsverweigerungen, Ausweisungsverfügungen, Asylaberkennungen.

Von der Roten Hilfe erhielt AZADÎ in diesem Zeitraum den zweckgebundenen Betrag in Höhe von **12.270,96 €**.

Gefangene

In diesem Jahr erhielten Gefangene **für Einkauf** in den Gefängnissen insgesamt einen Betrag von **4.738,-- €**.

Urteile nach § 129b StGB:

Mehmet **A.**, verurteilt am 12. Juli zu 3 Jahren, 6 Monaten (**Revision**)
Ali Ihsan **K.**, verurteilt am 13. Februar zu 2 Jahren, 6 Monaten (**Revision**) –Haftbefehl aufgehoben-
Sedat **K.**, verurteilt im April zu 2 Jahren, 3 Monaten (Einlassungen)
Ridvan **Ö.**, verurteilt am 12. Juli zu 3 Jahren, 6 Monaten (**Revision**)
Vezir **T.**, verurteilt am 11. Juni zu 3 Jahren (**Revision**) – Haftbefehl aufgehoben -

Laufende Prozesse

Metin **A.**, Eröffnung: 14. August 2013 vor OLG Stuttgart
Abdullah **S.**: 5. Juni 2013 vor OLG Düsseldorf

Prozessbesuche:

6. Juni: Teilnahme am Auftakt zum § 129b-Prozess gegen Abdullah S. vor OLG Düsseldorf
13. Juni: Verfahren gegen Mehmet A./Ridvan Ö. in Stuttgart
14. August: Teilnahme an Auftakt zum §129b-Prozess gegen Metin A. vor OLG Stuttgart

Arbeitsschwerpunkte 2014

Die weitere Entwicklung der politischen Prozesse insbesondere hinsichtlich der Revisionen wird zentrales Thema im kommenden Jahr bleiben. AZADÎ plant gemeinsam mit MAF-DAD vorerst ein Seminar für kurdische Jurastudierende und praktizierende AnwältInnen, bei denen es um Fragen des PKK-Verbots, des Asyl- und Ausländerrechts, der EU-Terrorliste, der Prozesse nach § 129b StGB / § 34 AWG gehen soll.

Zur Frage eines juristisch-politischen Vorgehens gegen die Indizierung der PKK auf der EU-Liste sind Treffen mit AnwältInnen aus verschiedenen EU-Staaten geplant. AZADÎ wird sich punktuell an den Vorbereitungen beteiligen.

Beteiligen wird sich AZADÎ auch an der Durchführung der IV. Konferenz von TATORT KURDISTAN im April.

Geplant (und in einem ersten Entwurf bereits fertiggestellt) ist eine Broschüre über den Lebenslauf der beiden kurdischen Politiker Ali Ihsan Kitay und Muzaffer Ayata, die wegen ihres politischen Kampfes viele Jahre in türkischen Gefängnissen inhaftiert waren und auch in der BRD angeklagt und verurteilt wurden. Herausgeber der Broschüre wird MAF-DAD und AZADÎ sein.

Nach dem erfolgreichen und friedlichen Verlauf der Demonstration am 16. November in Berlin sollten weitere Initiativen zur Beendigung der Verbotspraxis überlegt werden, weshalb u. a. der Kontakt zu den ErstunterzeichnerInnen des Demo-Aufrufs aufrechterhalten bzw. intensiviert werden soll. Brainstorming ist ausdrücklich erwünscht.

Der weitere Verlauf im sog. „Friedensprozess“, der Gespräche zwischen Vertretern des türkischen Staatsapparates und Abdullah Öcalan, das Ergebnis der Kommunalwahlen im März sowie die politischen Entwicklungen in Rojava bleiben abzuwarten. Dies wird möglicherweise auch Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik der neuen Bundesregierung haben und auf das Verhältnis zur kurdischen Community in der BRD.

Köln, 10. Januar 2014